

fen“ von Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen nur mit ihrer Teilnahme oder nach vorhergehender Abstimmung mit ihnen geregelt werden.

Staatliche Kontrolle ist aber auch nach dem Entwurf in erheblichem Umfang vorgesehen: Geblieben ist vor allem die Vorschrift über die *Notwendigkeit der staatlichen Registrierung von Gemeinden* (Art. 11): „Eine religiöse Gesellschaft wird vom Exekutivkomitee des Rayonssowjets der Volksdeputierten registriert, wenn sie nicht weniger als zehn Personen am Ort ihrer angenommenen Tätigkeit zählt.“ Nach Art. 14 kann der Rat für religiöse Angelegenheiten „aus eigener Initiative oder aufgrund einer Eingabe der örtlichen Organe der Staatsmacht die Tätigkeit einer religiösen Organisation im Fall der Verletzung der Gesetzgebung oder bei Handlungen, die den Zielen der religiösen Organisation oder ihrer Satzung (Bestimmungen) widersprechen, beenden oder unterbrechen“. Dieser Passus macht deutlich, wie eng auch in dem Entwurf die Grenzen für die Glaubensgemeinschaften gezogen sind: Über ihnen soll das Damoklesschwert der möglichen Auflösung oder Suspendierung von Staats wegen hängen. Der *Rat für religiöse Angelegenheiten*, der in einem solchen Fall tätig werden müßte, erhält im übrigen nach dem Entwurf ein erhebliches Gewicht: Er ist Revisionsinstanz bei der Ablehnung von Registrierungen von Gemeinden durch ört-

liche Behörden; beim Rat kann Beschwerde eingelegt werden, wenn auf lokaler Ebene die „Überlassung für die religiöse Verehrung besonders geeigneter Gebäude und Vermögenswerte an religiöse Organisationen“ abgelehnt wird (Art. 15). Nach Art. 25 ist der Rat „hinsichtlich der Religionen verantwortlich für die Durchführung einer einheitlichen Politik des Staates, die auf die Garantie der Gewissensfreiheit der Bürger abzielt“.

Schritt nach vorn, aber nicht alle Erwartungen erfüllt

Es liegt nahe, den Entwurf zum „Gesetz über die Gewissensfreiheit“ mit den Aussagen zur Verwirklichung der Religionsfreiheit im Schlußdokument der Wiener *KSZE-Folgekonferenz* zu vergleichen, zu denen sich die Sowjetunion durch ihre Unterschrift unter das Dokument bekannt hat (vgl. HK, März 1989, 108–109). Ein solcher Vergleich zeigt, daß der Entwurf den KSZE-Forderungen bezüglich der Religionsfreiheit im Prinzip weitgehend entspricht. Allerdings erfüllt der Entwurf nicht alle Erwartungen, die von Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion in den letzten Jahren im Blick auf eine neue Religionsgesetzgebung geäußert worden. So fällt vor allem auf, daß der Text nichts über die Möglichkeit einer *karitativen Tätigkeit* der Kirchen und Religionsgemeinschaften sagt, obwohl davon

im Vorfeld öfters die Rede war. Man muß abwarten, ob bzw. inwieweit es den Kirchen und Religionsgemeinschaften gelingt, im Prozeß der Konsultation ihre im vorliegenden Entwurf nicht oder nur teilweise berücksichtigten Wünsche an das „Gesetz über die Gewissensfreiheit“ einzubringen.

Die Verabschiedung des Gesetzes wird Aufgabe des neuen *Obersten Sowjets* sein, der nach der Wahl des „Kongresses der Volksdeputierten“ am 26. März aus dessen Reihen hervorgehen wird. Der definitive Gesetzesentwurf wird sich möglicherweise in einigen Punkten vom jetzt bekanntgewordenen Text unterscheiden. Zudem sind ergänzende Bestimmungen sowohl auf gesamtsowjetischer Ebene wie in den Unionsrepubliken zu erwarten; Art. 2 spricht von Bestimmungen, die im Zusammenhang mit dem „Gesetz über die Gewissensfreiheit“ erlassen werden. Am Willen der gegenwärtigen sowjetischen Führung, das Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften auf eine neue Grundlage zu stellen und den Freiraum der religiösen Bürger zu erweitern, ist aber kaum mehr zu zweifeln. Ein „Gesetz über die Gewissensfreiheit“, das in den entscheidenden Grundaussagen dem jetzt vorliegenden Entwurf entsprechen würde, wäre ein *wichtiger Durchbruch für die Religionsfreiheit* in der Sowjetunion, allerdings noch längst nicht deren volle Gewährleistung. U. R.

Vor dem historischen Niedergang?

Zur Situation der kommunistischen Parteien Westeuropas

Die kommunistischen Parteien Westeuropas stehen unter einem doppelten Druck: Sie haben kaum Antworten auf die wirtschaftlichen und politischen Probleme ihrer Länder anzubieten und geraten gleichzeitig gegenüber dem Moskauer Reformkurs in die Defensive. Mit Ausnahme der kommunistischen Partei Italiens, so die Prognose des folgenden Beitrags von Heinz Timmermann, stehen die Chancen der westeuropäischen kommunistischen Parteien, das Ende des Jahrhun-

derds als einflußreiche politische und soziale Kraft zu überleben, schlecht.

Als im März 1977 die Parteiführer des „Eurokommunismus“ – der kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens – zu einer Gipfelkonferenz in Madrid zusammentrafen, sahen darin viele Beobachter den Beginn einer Entwicklung, in deren Gefolge sich die drei

Parteien zu einem einheitlich auftretenden dynamischen Block von Reform-KPern formieren sowie zunehmend Einfluß auf die Politik ihrer Länder und der westlichen Gemeinschaft insgesamt gewinnen würden. Inzwischen hat sich die politische Landschaft radikal verändert: Fast überall sind es die *Sozialisten*, die die führende Position auf der Linken übernommen haben (Frankreich, Spanien, Portugal) oder das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern konnten (Italien). Die ursprünglich scheinbar geschlossene Bewegung des „Eurokommunismus“ dagegen ist ideologisch, strategisch und organisatorisch tief in sich gespalten, ihre gemeinsame Fraktion im Europa-Parlament ist zu politischer Gemeinsamkeit unfähig und auf die Wahrnehmung technischer Koordination reduziert. Hinzu kommt, daß sich die kommunistischen Parteien Westeuropas fast überall im Niedergang befinden – in vielen Fällen wahrscheinlich in einem historischen Niedergang. Dazu nur einige Beispiele.

Mitgliederschwund, Spaltungen, Stagnation

Die *KPI*, die größte und einflußreichste KP des Westens, verlor innerhalb von 10 Jahren über 300 000 Mitglieder. Sie hat heute zwar noch immer 1,5 Mio. Parteibuchbesitzer, doch machen die Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren davon nur noch 3,2% aus (bei einem Gesamtanteil an der Bevölkerung von 14,3%). Bei den Parlamentswahlen 1987 sackte die KPI von 30% auf 26,8% ab – ein Abwärtstrend, der bei lokalen und regionalen Urnengängen von 1988 bestätigt wurde. Davon profitierten nicht nur die Sozialisten, sondern – besonders in den nördlichen Landesteilen – auch die sich formierenden Grünen. Darüber hinaus steckt die KPI-nahe Richtungsgewerkschaft CGIL, der traditionell stärkste soziale Einflußfaktor der Kommunisten, in einer Krise: Die Mitgliedschaft ist überaltert, die Strategie umfassender Spitzenabkommen diskreditiert, die Integrationskraft gegenüber Aktivitäten autonomer Basiskomitees („Cobas“) geschwächt.

Die *KPF* hat noch größere Probleme. Ihre Mitgliedschaft, offiziell noch immer mit 600 000 angegeben, wird heute auf rund 250 000 geschätzt. Innerhalb von 10 Jahren verlor sie etwa die Hälfte ihrer Wählerschaft – sie sank von 20,5% 1978 auf 11,3% 1988 – bei einem Zwischentief von 9,8% 1986. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1988 konnte sie sogar nur 6,8% des Elektorats auf ihren Kandidaten *André Lajoinie* vereinen. Umfragen unter Studenten zeigen, daß sich nur noch 3% von ihnen der KPF verbunden fühlen; dagegen zeigten 43% Sympathien für die Sozialisten, 7% für die Ökologen und 4% für die extreme Linke. Die KPF-nahe Richtungsgewerkschaft CGT verlor offiziellen Angaben zufolge zwischen 1976 und 1985 46% ihrer Mitgliedschaft, die heute auf nicht mehr als 800 000 geschätzt wird.

Die *KP Spaniens* befindet sich seit 1982 in einem Prozeß permanenter Ausschlüsse, Spaltungen und Neuformierungen. Mitgliedermäßig von 200 000 auf offiziell 70 000

gesunken, sind Spaniens Kommunisten mit 4,6% auch im Parlament kein wirklicher Einflußfaktor. Zwar verfügen sie mit den Arbeiterkommissionen auch weiterhin über eine dynamische Gewerkschaftsvertretung, doch gelingt es ihnen nicht, diesen Einfluß für eine Stärkung des Parteikommunismus zu nutzen.

Die *KP Portugals* steckt in einer deutlichen Krise der Militanz, sichtbar z. B. in einer Stagnation der – mit 200 000 ohnehin inflationierten – Mitgliederzahl, in einem Schrumpfen der Betriebszellen, in Mobilisierungsproblemen der KP-nahen Gewerkschaft, in rückläufigen Auflagezahlen der Parteipresse. Dies findet seinen Ausdruck auch in permanenten Verlusten unter den Wählern: Der KP-Anteil sank von 18,1% 1983 auf 15,5% 1985 auf nur noch 12,2% 1987.

Allein die *KP Griechenlands* hat einen gewissen Aufschwung zu verzeichnen – freilich weniger aufgrund eigener überzeugender Konzepte als aufgrund des Formtiefs der PASOK Papandreous. Die programmatische Verständigung der traditionalistisch orientierten KP mit der eurokommunistisch ausgerichteten Gruppe der „Griechischen Linken“ könnte das Kräfteverhältnis auf der Linken insgesamt bei den kommenden Parlamentswahlen stark verändern.

Worin liegen die Gründe für den fast durchgehenden Niedergang des Kommunismus in Westeuropa? Zum einen zweifellos in der geschwundenen Attraktivität des Gesellschaftsmodells sowjetkommunistischen Typs in den siebziger Jahren. Am deutlichsten sichtbar wurde dies bei der KPF: Als sich im Zeichen des Gulag-Effekts in Frankreich Mitte der siebziger Jahre eine *zunehmende antisowjetische Grundströmung* ausbreitete, wurde davon die KPF am härtesten getroffen. Dies galt um so mehr, als die Parteiführung fortfuhr – und zwar bis heute –, die Ergebnisse der Sowjetmacht als „global positiv“ zu bewerten. Die Reformkommunisten ihrerseits – wie die KPI und die KP Spaniens – konnten durch ihre Kritik am Sowjetkommunismus zwar ähnliche Imageverluste vermeiden. Gleichwohl reichte die Distanzierung von der KPdSU nicht aus – wie insbesondere die Spanier gehofft hatten –, den Kommunisten neue Schubkraft zu verleihen. Für den Wähler war zwar durchaus von Bedeutung, wie sich die einheimischen KPern zur Sowjetunion verhielten. Noch wichtiger aber waren ihre Aussagen darüber, wie sich die Kommunisten die Lösung der Zukunftsaufgaben im eigenen Lande und in Westeuropa vorstellten.

Damit sind wir beim zweiten, heute zweifellos wichtigeren Grund für den Niedergang des Kommunismus in Westeuropa. Von ihrer Programmatik, ihrer Struktur und ihrer sozialen Verankerung her sind die KPern *Ergebnis und Ausdruck des Industriezeitalters* – ganz ähnlich wie die Formationen der traditionellen Sozialdemokratie, aus deren Reihen sie ja einst hervorgegangen waren. Etatismus, quantitatives Wachstum, Kollektivismus, Fortschrittsoptimismus – das waren die Markenzeichen, unter denen die KPern antraten und an denen sie teilweise bis heute festhalten. Das „postindustrielle“ Zeitalter mit seinem wirt-

schaftlichen, sozialen und Wertewandel stellt die KPen Westeuropas jedoch vor ganz neue Probleme – Probleme, die insoweit denen der Sozialdemokratie ähneln. Hierzu gehören u. a.: Neudefinition der Rolle des Staates, nicht zuletzt im Blick auf Ausmaß und Charakter seiner wirtschaftsregulierenden Funktion; Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihren strukturellen Folgen im Produktions- und Dienstleistungsbereich; Neudefinition des Fortschrittsbegriffs, Integration ökologischer Imperative; Berücksichtigung des Wertewandels sowie des wachsenden Strebens nach Individualisierung; Denken und Handeln über den nationalen Rahmen hinaus in westeuropäischen Kategorien.

Am besten behauptet sich noch die KPI

Analysiert man Programmatik und Politik der KPen Westeuropas unter diesem Gesichtspunkt, so zeichnen sich unter ihnen *zwei Grundgruppen* ab. Die erste Gruppe wird repräsentiert von der KPI, konzeptionell nahe stehen ihr die schwedischen und die britischen Kommunisten. Die KPI nimmt seit Jahren an Kommunistenkonferenzen nicht mehr teil und orientiert sich statt dessen umfassend auf die westeuropäische Sozialdemokratie. Symptomatisch hierfür sind häufiges gemeinsames Abstimmungsverhalten im Straßburger Europa-Parlament sowie das Streben der KPI nach programmatischen Absprachen mit dem Bund sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien für die bevorstehenden Europawahlen.

Die Chancen der KPI auf politisches Überleben und neue Dynamik scheinen gerade deshalb gegenwärtig noch relativ gut, weil sie sich als „integrierenden Teil der westeuropäischen Linken“ definiert und sich bei dem Streben nach programmatisch-politischer Neuausrichtung auf jene Probleme konzentriert, die auch im Brennpunkt der Diskussionen in der internationalen Sozialdemokratie stehen. Bemerkenswerte Hinweise dafür geben die Dokumente des 18. Parteitags vom März 1989 mit den Stichworten Demokratie nicht als ein Weg zum Sozialismus, sondern als „der einzige Weg des Sozialismus“; Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie; Orientierung der neuen Technologien auf sozialen und humanen Fortschritt; Öffnung der Partei für kontroverse Diskussionen, für die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen (vgl. z. B. das vom ZK zur Diskussion in den Parteigliederungen verabschiedete Dokument, in: *l'Unità* [Rom], 25. 11. 1988).

Hinzu kommt, daß die KPI den traditionellen Etatismus kommunistischer (und sozialdemokratischer) Prägung zugunsten eines Konzepts überwindet, bei dem sich der Staat darauf beschränkt, den Marktkräften bestimmte Regeln zu setzen. Aus ihrer Sicht lassen sich die neuen Probleme nicht mit überkommenen ideologischen Konzepten lösen, wird die Klassenlage zunehmend von wertorientierten Entscheidungen überlagert (Beispiele: ökologische Erneuerung, Drang nach Individualisierung, Gleichstel-

lung der Frau). Die Vertiefung der EG-Integration versteht die KPI als Chance für neue Wirtschaftsimpulse, für die Schaffung eines qualifizierten Sozialraums, für die Stärkung der EG als politisches Subjekt in den internationalen Beziehungen. Folgerichtig grenzt sich die KPI explizit von jenen Kräften ab, die – wie die französischen, portugiesischen und griechischen Kommunisten – „Skeptizismus und Passivität, Partikularismus und Abgeschlossenheit“ verbreiten und nicht sehen wollen, „daß sich Sozialismus und Europäismus zwangsläufig immer enger miteinander verbinden“ (so *G. Napolitano*, *Oltre i vecchi confini. Il futuro della sinistra e l'Europa*, Mailand 1989, S. 13; Vorstandsmitglied Napolitano ist verantwortlich für die Außenbeziehungen der KPI).

Ähnlich wie bei allen Volksparteien in Westeuropa besteht eines der Hauptprobleme für die KPI inzwischen aber darin, die Interessen der unterschiedlichen sozialen Gruppen sowie die neuen Werteorientierungen in sich zu integrieren und in politisches Handeln umzusetzen. Die nachlassende Kraft zur Einbindung der Industriearbeiterschaft einerseits und die wachsende Attraktivität der Grünen-Alternativen auf die Jugend und bestimmte Segmente der wissenschaftlich-technischen Intelligenz andererseits zeigen beispielhaft, daß die Frage durchaus offen ist, ob die Führung um den neuen KPI-Chef *Achille Occhetto* die Partei mit dem Konzept eines „entschiedenen Reformismus“ (*reformismo forte*) zusammenhalten und ihr nochmals neue Schubkraft geben kann.

Die französischen Kommunisten mauern sich ein

Hat die KPI – als Repräsentantin der Reformströmung im westeuropäischen Kommunismus – mit der Akzeptierung des gesellschaftlichen Wandels so ihre Chance auf politische Mitgestaltung bisher noch bewahrt, so laufen die übrigen KPen – die Traditionalisten aus Frankreich und Portugal, aber auch die ambivalenten Spanier – Gefahr, in die Bedeutungslosigkeit abzusinken und nicht einmal mehr ihre überkommene Rolle als politischer Tribun der sozial Schwachen voll ausspielen zu können. Bezeichnenderweise gelingt es diesen KPen nur in geringem Maße – wie die jüngsten Entwicklungen in Spanien und Frankreich zeigen –, die Mobilisierung der Massen gegen die Austerity-Politik und die wirtschaftliche Umstrukturierung in Wählerstimmen umzumünzen.

In *Frankreich* richtet sich der Hauptstoß der KP-Führung nach *innen*: Seit 1984 ist sie vorrangig damit befaßt, den inneren, auf Reform der rigiden Partei-Binnenstrukturen und der politischen Gesamtstrategie gerichteten Dissens abzuwürgen. Nach dem Trauma des Regierungsexperiments (1981–84) und der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sozialisten nahm die KPF-Führung wieder Zuflucht zu alten Gewißheiten, zu einer pseudorevolutionären Politik des Abwartens und der Selbstisolierung.

Angesichts ihrer „stalinistischen Vision der Zukunft“ (Premierminister Rocard) deutet wenig darauf hin, daß die KPF – als Bannerträgerin des Traditionalismus unter den westlichen KPen – in sich jene „Kulturrevolution“ vollziehen wird, die der Reformler *Pierre Juquin*, ein ehemaliges Mitglied des Politbüros, als zentrale Voraussetzung für ein Wiedererstarken der Partei ansieht. Ihre Geschichte, ihr eigenes Missionsbewußtsein und der rigide Charakter ihrer bürokratisch-zentralistischen Binnenstrukturen sprechen eher dafür, daß sich die KPF für lange Zeit aus ihrer oppositionellen Festung heraus als „Partei des Kampfes“ profilieren will – durch ihre über die Stamokap-These vermittelte Frontalopposition gegen das bestehende System, durch ihre nationalistisch gefärbte Ablehnung der EG-Integrationsprozesse, durch ihre Polemik gegen den Reformismus der Sozialisten. Dabei wird die KPF als Sammelbecken von Segmenten des Protests, ähnlich wie die übrigen Traditions-KPen, den Niedergang der Partei in die totale Bedeutungslosigkeit zwar möglicherweise aufhalten können, zumal sie auch weiterhin über erhebliche Kaderreserven und Organisationskapazitäten verfügt sowie punktuell nach wie vor sozial relativ stark verankert ist (insbesondere in der CGT-Gewerkschaft). Im übrigen jedoch wird sich die KPF, mit 28,6% der Wählerstimmen (1946) einst stärkste Partei Frankreichs, bei den großen Entscheidungen des Landes mit einer Nebenrolle bescheiden müssen – „am Rande des Geschehens mutig gestikulierend“, wie Reformexponent Juquin vor Jahren sarkastisch bemerkte (*L'Humanité* [Paris], 10.1.1984).

Auch in *Portugal* rührt sich – wenn auch in geringerem Maße als in Frankreich – Dissens gegen den starren Kurs von Parteichef *Alvaro Cunhal*. Seinen stärksten Ausdruck fand er in der Kritik von *Zita Zabrea*, einem Mitglied der Politischen Kommission (Politbüro) der KP: Die „repressiven Methoden“ der Führung gegen reformorientierte Tendenzen stifteten ernsthaften Schaden und seien Ausdruck einer „Furcht vor der Realität, vor Wandel und interner Diskussion“, bemerkte Frau Zabrea nach ihrem Ausschluß aus den KPP-Leitungsgremien. Zwar gelang es der Führungsgruppe um Cunhal auf dem Parteitag vom Dezember 1988, die Reformler durch einige politische Neuerungen mundtot zu machen. So bekannte sich die KP erstmals ausdrücklich zur Mehrparteiendemokratie sowie zum gemischtwirtschaftlichen System und akzeptierte den Beitritt des Landes zur EG als Tatsache. Diese Retuschen sind jedoch kaum geeignet, der KP ein neues Image und neue Dynamik zu verleihen.

In *Spanien* ist ein Ende der Dauerfehden unter den Kommunisten nicht abzusehen, zumal in der wiedervereinten Partei zwei Linien miteinander im Streit liegen: diejenige, die die traditionellen Werte des Kommunismus hochhält, und diejenige, die die Partei verstärkt zu den neuen sozialen Bewegungen hin öffnen möchte. Zwar dürfte der neoliberale Kurs der Regierung González zu weiteren harten sozialen Auseinandersetzungen führen. Gleichwohl bilden die in sich zerstrittenen Kommunisten keine

ernsthafte politische Alternative auf der Linken, zumal die von González betriebene Hinwendung zum EG-Europa und der damit verbundene Strukturwandel des Landes in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stößt.

Moskau bremst nicht mehr, sondern drängt

Diese prekäre Situation der Traditionalisten unter den Westkommunisten wird noch verstärkt durch den *Reformkurs Gorbatschows* und die damit verbundene positive Neubewertung westlicher Systeme – des Funktionsmechanismus ihrer politischen Institutionen, ihrer Konzepte zu einer wachstumsorientierten Wirtschaftsregulierung, ihren sozialstaatlichen Absicherungen. Folgerichtig fordern sowjetische Theoretiker die Traditionalisten offen zur Revision überkommener Doktrinen auf – beispielsweise der Doktrin von der „Diktatur des Proletariats“. Wenn die KPen die rapiden wirtschaftlichen, sozialen und werbebezogenen Wandlungsprozesse im Westen unberücksichtigt ließen, liefen sie Gefahr – heißt es in Moskau an die Adresse der Westkommunisten –, „auf periphere Positionen der Verteidigung korporativer Belange verdrängt zu werden“. Damit gingen sie das Risiko ein, „in die Rolle des ‚Ouvrierismus‘ zu geraten“ – eine Rolle, in der „die Treue zu den Klassenpositionen des Proletariats einen lebensfernen, dogmatischen Charakter annimmt“ (*J. Krasin, Raboče dviženie v poiskach demokratičeskoj al'ternativy*, in: *Kommunist* [Moskau], Nr. 14/1988, S. 68; Krasin ist Direktor des Moskauer ZK-Instituts für Gesellschaftswissenschaften).

Die KPI dagegen und ihre Konzepte werden in Moskau offen rehabilitiert und geradezu als *vorbildlich* für eine linke Strategie in Westeuropa charakterisiert. So hat die KPI sowjetischen Theoretikern zufolge mit ihrer „aktiven wissenschaftlichen und theoretischen Forschung“ erheblich zur „Entwicklung des sozialen Denkens“ beigetragen, hat sie sich „immer für die Demokratie, die Verteidigung der Menschenrechte und der individuellen Freiheiten eingesetzt“. Berlinguer sei im Recht gewesen mit seiner Einschätzung, daß der Sozialismus sowjetkommunistischen Typs an einem bestimmten Punkt seine vorwärtstreibende Kraft verloren habe (*V. Naumov, IKP pered s-ezdom*, in: *Kommunist*, Nr. 1/1989, S. 102–112; Naumov ist Mitarbeiter der Moskauer ZK-Akademie für Gesellschaftswissenschaften).

So gehört der „Eurokommunismus“ mittlerweile der Geschichte an. Im Grunde hat sich unter den KPen der Region nur die KPI die Perspektive offengehalten, das nächste Jahrtausend als einflußreiche politische Kraft zu erreichen – nicht zuletzt deshalb, weil sie von traditionellen ideologischen Denkmustern Abschied genommen hat und sich, ähnlich wie zuvor die Sozialdemokraten und Sozialisten, eher auf bestimmte Grundwerte als Begründung für das politische Handeln beruft (Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität). Dies muß nicht auf eine

Absage an einschneidende Reformen, auf eine unvermeidliche Anpassung der KPI an neoliberale Konzepte hinauslaufen, wie ihr von der marxistisch-leninistischen Orthodoxie innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen vorgeworfen wird. Die Kritik der Sozialdemokratie am ungebrochenen Industrialismus, ihr Eintreten für einen „anderen Fortschritt“, ihre tiefgreifende Umorientierung in der Ökologie – all dies unterstreicht, daß ein auf Werten gründendes Handeln durchaus zu radikalen politischen Konsequenzen führen kann. Oft sind diese Konsequenzen sogar einschneidender als die Konzepte jener Konservativen in Westeuropa (und Osteuropa), die sich auch weiterhin von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen.

Was die Perestroika und das „neue politische Denken“ in Moskau angeht, so werden sie von der KPI zwar begrüßt – nicht zuletzt deshalb, weil Italiens Kommunisten darin eine zentrale Voraussetzung für erfolgreiche Demokratisierungsprozesse in Osteuropa sowie für die Einleitung einer neuen Phase umfassender Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West sehen. Zugleich unterstreicht die KPI-Führung jedoch deutlich, daß intensivere Beziehungen zur KPdSU ausschließlich politischen Charakter haben und nicht auf eine Rückkehr zu ideologischen Gemeinsamkeiten hinauslaufen. Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, daß sich KPI-Chef Occhetto auf die Ideale der Französischen Revolution von 1789 als zentralen Bezugspunkt für Programm und Politik seiner Partei beruft, während er der Oktoberrevolution von 1917 jede beispielgebende und inspirierende Wirkung abspricht (vgl. Parigi, sei tu la nostra Rivoluzione, Occhetto-Interview in: L'Espresso [Rom], Nr. 4/1988 [Beilage, S. 44–48]).

Traditionskommunisten endgültig im Niedergang

Die Traditionskommunisten dagegen, in Folge der Wandlungsprozesse in den westlichen Gesellschaften ohnehin unter starkem Druck, geraten durch die ideologisch-politische Neuausrichtung der KPdSU noch weiter in die Defensive. Hatten sie früher aus der mehr oder minder

unkritischen Anlehnung an die Moskauer Orthodoxie Kraft und die Selbstgewißheit bezogen, einer weltweiten revolutionären Bewegung anzugehören und in der Perspektive damit letztlich zu den Siegern der Geschichte zu zählen, so müssen sie heute ihr Heil in der Abgrenzung von der KPdSU, in der Betonung der jeweils spezifischen nationalen Bedingungen und der Eigenständigkeit der KPen suchen. Angesichts der tiefgreifenden Wirtschaftskrise sei die Perestroika zweifellos notwendig für die Sowjetunion, heißt es – in bemerkenswerter Übereinstimmung übrigens mit der SED – unter den westlichen Traditionalisten; die eigene Partei dagegen befinde sich auf dem richtigen Weg, eine Übernahme sowjetischer Umbaukonzepte könne ihr daher nur schaden. Eine besonders kuriose Variante der Reaktion auf die Neuorientierung in Moskau steuerte die KPF bei, indem sie den Akzent auf den von Gorbatschow betonten „revolutionären Charakter“ der Umgestaltungen in der Sowjetunion legte. Dahinter verbirgt sich paradoxerweise die Absicht, daraus eine zusätzliche Legitimation für die behauptete „revolutionäre“ Linie der KPF-Führung abzuleiten: Die Reformimpulse in der UdSSR werden im Kampfinstrument gegen die Reformen in den eigenen Reihen verkehrt.

Wahrscheinlich wird die KPdSU – ähnlich wie zehn Jahre zuvor die KP Chinas – „alte Freunde“ nicht ohne weiteres im Stich lassen. Ihr eigentliches Interesse innerhalb der westlichen Linken richtet sich jedoch – neben der KPI als der innovativsten KP in Westeuropa – zunehmend auf die Sozialisten und Sozialdemokraten in dieser Region, auf deren Konzeptionen zu politischer Konsensbildung, zur Wirtschaftsregulierung, zum Umbau des Sozialstaats, zur ökologischen Erneuerung, zur gemeinsamen Sicherheit. Ralf Dahrendorferregte vor einiger Zeit Aufmerksamkeit mit seiner – allerdings umstrittenen – These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“. In Abwandlung dieser These gibt es Anlaß zu der Vermutung: Die Chancen der Traditions-KPen, das Ende des Jahrhunderts als einflußreiche politische und soziale Kraft zu überleben, sind angesichts der Innovationsdynamik im Westen und der parallelen Perestroika-Bestrebungen im Osten ziemlich gering, ihr historischer Niedergang scheint vorprogrammiert. ~

Heinz Timmermann

„Sonderrechte führen zur Selbstaussgrenzung“

Ein Gespräch über die Situation der Juden in Deutschland mit Julius H. Schoeps

Nicht zuletzt die Aufdeckung der finanziellen Machenschaften des früheren Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, nach dessen Tod hat verstärkt die Aufmerksamkeit auf die in der Bundesrepublik lebenden Juden sowie ihre Gemeinden und übergemeindlichen Organisationen gelenkt. Über einige die Juden in der Bundesrepublik selbst wie auch ihr Verhältnis zur nicht-jüdischen

bzw. deutschen Umwelt betreffenden Themen sprachen wir mit dem jüdischen Politikwissenschaftler Julius H. Schoeps von der Universität/Gesamthochschule Duisburg. Schoeps ist Direktor des Duisburger Salomon-Ludwig-Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte, das im vergangenen Jahr gegründet wurde und am 28. April eröffnet wird. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.